

Die „Volksmacht“ erscheint täglich Montag ausser Sonntag und ist durch die Expedition, Neue Graupenstr. 5/6, durch die Post und durch Colportage zu beschaffen. Preis vierteljährlich Mfr. 2.50, pro Woche 20 Pf. Postzeitungskarte Nr. 5170.

Volksmacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Telephon Nr. 451. Organ für die werkbätige Bevölkerung. Telephon Nr. 451.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Nr. 42. Donnerstag, den 19. Februar 1903. 14. Jahrgang.

Der Stöcker.

Die große sozialpolitische Debatte im Reichstage endete am Mittwoch mit einer Stöcker-Schlacht. Der berühmte Hofprediger außer Diensten, Verfasser des Scheiterhaufen-Briefes, Erfinder der christlich-sozialen Bewegung u. s. w. empfand von Zeit zu Zeit ein unwiderstehliches Jucken, das ihn antreibt, sich an der Sozialdemokratie zu reiben. Daß er sich bei dieser Beschäftigung schon wiederholt einen Buckel voll moralischer Schläge geholt hat, scheint auf den teuren Gottesmann nicht kurierend zu wirken. Vor fast genau zwei Jahren wurde er im Reichstage öffentlich ausgepeitscht — natürlich im figurlichen Sinne; keine Hand erhob sich zu seinen Gunsten, nur Dr. Wendt, der Gebast, machte einen schwachen Versuch, dem gezüchtigten Wahheitsfreund Hilfe zu bringen. Die herbe Lektion wirkte in jener Zeit. Aber nicht für immer. Raum sind die Wunden Luthers II. ein wenig vernarbt, als er auch wieder den Drang nach neuer öffentlicher Betätigung empfindet. Braun, der „Bär“, kann den Honigraub nicht unterlassen; Stöcker, der unsympathische Pfaffe, kann das Schnappen nach Wahlkreisen und Führerrollen nicht aufgeben. So jog er denn wieder auf Raub aus. Es ist ihm herzlich schlecht bekommen. Vor aller Welt ist jetzt festgestellt worden, daß Herr Stöcker, auf Grund des Zeugnisses von Kochspiegl, wie Normann-Schumann Ehrenmänner wie Bebel des Meineids zu bezichtigen magt.

Ein Unterschied war aber zwischen der Stöcker-Schlacht von 1901 und der von 1903. Damals verharrte die Rechte im Schweigen; sie eilte ihrem einsamen St. Antoni nicht einmal mit Beifallsbezeugungen zu Hilfe. Auch diesmal hüteten sich die Junker sehr wohl, aktiv zu Gunsten des a. D.-Hofpredigers einzutreten; so arg mochten sie sich denn doch nicht compromittieren; dafür belohnten sie die groben Beschimpfungen, die Stöcker gegen die Sozialdemokratie schleuderte, mit tosendem Beifall. Die Rechte will, sagte Genosse Ledebour mit Recht, unter der Firma Stöcker-Schumann in den Wahlkampf ziehen.

In der Stöcker-Schlacht, deren einzelne Phasen hier zu verfolgen zu weit führen würde, beteiligten sich von unserer Seite die Genossen Reikhsaus, Barm, Ledebour, Singer. Auch Herr Lenzmann von der Freisinnigen Volkspartei brachte schätzbares Material zur Beurteilung des zweiten Luthers herbei. Man nehme den ausführlichen Bericht zur Hand.

In die Stöcker-Debatte spielten einige sozialpolitische Erörterungen anderer Art herein. Zu vorgerückter Stunde wurde die sozialpolitische Debatte geschlossen. Damit war aber der Titel „Gehalt des Staatssekretärs“ noch nicht verabschiedet. Es kamen nunmehr alle möglichen Einzelfragen an die Reihe.

Politische Uebersicht.

Denunziert wird der Staatssekretär Graf Bofadowsky als verkappter Sozialdemokrat. Das

edle Geschäft wird von dem offiziellen Organ der konfessionellen Partei, der „Konf. Korresp.“ besorgt. Dasselbe schreibt:

„Es hatte allgemein Bekanntheit erregt, als im vorigen Jahre an dem Stuttgarter Gewerkschaftskongress offizielle Vertreter des Reichsamts des Innern und der württembergischen Staatsregierung teilnahmen. Wie es nun scheint, ist in diesem Vorgange nicht ein vereinzeltes Zugeständnis an die Gewerkschaften, sondern eine grundsätzliche Anerkennung derselben seitens der Regierung zu erblicken. Als einzige Bedingung für die Teilnahme von Regierungs-Kommissionen an sozialdemokratischen Arbeiterkonferenzen hat Graf Bofadowsky diejenige aufgestellt, daß die Ausschließung des Sitzungssaales das monarchische Gefühl nicht verletze. Aber auch bei dieser ausschließlichen Wertung der Menschlichkeit scheint man mit großer Milde verfahren zu wollen; da in Stuttgart die Hüften von Marx und Lassalle, die größten Vorbilder der revolutionären Sozialdemokratie aufgestellt und revolutionäre Embleme der Gewerkschaften aufgehängt und als das monarchische Gefühl der Regierungskommission nicht verletzend angesehen worden waren.

Die Anerkennung der Gewerkschaften durch die Regierung ist aber gleichbedeutend mit der Anerkennung der Sozialdemokratie, denn gerade auf dem Stuttgarter Kongress war es, daß der Vorsitzende erklärte: „Es bestehe Ueberzeugung darüber, daß keine Trennung zwischen Gewerkschaften und Sozialdemokraten stattfinden könne, daß beide zusammengehören und sich ergänzen müssen.“ Angesichts einer solchen Stellungnahme des Grafen v. Bofadowsky, bei dem seit seiner Vertreibung des Reichstages die Sozialdemokratie in der „Homogenität“ der Staatsregierung? Und in derselben Nummer der „Konf. Korresp.“ wird die böse Niederlage des „schlichten, königstreuen Arbeiterkandidaten“ in Spandau auf das Schuldkonto der Bülow und Bofadowsky geschrieben:

„Wie soll auch der künftige Arbeiter, den noch verkürzen der Kaiser mit klammernden Worten gegen die Sozialdemokratie aufzurufen hat, erkennen, daß die Sozialdemokratie eine Gemeingefahr für Staat und Monarchie bildet, wenn im Reichstage den sozialdemokratischen Abgeordneten nicht in entscheidender Kampfsituation, sondern mit unbegreiflichen Verhältnissen gegenübersteht.“

Unsere Leser werden sich denken, bei wem das patriotische Blatt den Staatssekretär denunzieren will.

In die eigene Falle gegangen sind die Ultramontanen in München. Bei den letzten Gemeindevahlen legte unser Genosse Wirt mit einer Majorität von neun Stimmen über seinen ultramontanen Gegner. Die Zentrumskasse beantragten bei der Regierung die Aufhebung der Wahl und motivierten dieses Ansinnen mit der Behauptung, es seien verschiedene Unregelmäßigkeiten bei der Wahlhandlung vorgekommen. Besonders hätten zwei Bürger nicht wählen können, weil an ihrer Stelle schon Unberechtigte das Wahlrecht ausgeübt hätten. Bei der skrupellosen Agitation der Sozialdemokraten könne man annehmen, daß derartige Fälle noch mehrmals vorgekommen seien.

Die Beschwerde wurde vor dem Verwaltungssenat der Kreisregierung von Oberbayern verhandelt und wegen Ueber-

schreitung der Einspruchsfrist abgewiesen. Zum Glück konnte aber in der Verhandlung noch festgestellt werden, daß von allen den behaupteten Unregelmäßigkeiten nur eine einzige wirklich passiert ist. An Stelle eines Schreinermeisters hatte nämlich dessen taubstummer Onkel gewählt. Und dazu hatte sich dieser erst auf wiederholtes und dringendes Verlangen der — Zentrums-Partei entschlossen, für die er auch seine Stimme abgab!

Schwarz ist Trumpf in Deutschland und deshalb dürfen die Herren vom Klerus sich schon etwas erlauben. Aber etwas über die Hutschnur geht doch, was folgendes Telegramm der „Frei. Ztg.“ berichtet:

Triest, 15. Februar. Der Besuch der paritätischen staatlichen höheren Lehrerschule (also der für Mädchen aller Konfessionen bestimmten Schule, D. Neb.) seitens schulpflichtiger katholischer Kinder wurde heute in allen Kirchen bei Strafe der Absolutions-Verweigerung verboten.

So mußte es kommen, und es muß und wird noch besser kommen. Die heutige bürgerliche Gesellschaft kommt ohne die Himmelspolizei nicht mehr mit den unteren Klassen zurecht und so muß sich der Kapitalismus denn auch „Polizeiübergriffe“ auf diesem Gebiete gefallen lassen.

Im Abgeordnetenhaus wurde die Beratung des Etats der Handels- und Gewerbeverwaltung fortgesetzt. Der Minister bekam sein Gehalt bewilligt, auch einige weitere Titel wurden noch erledigt. Der Hauptteil der Debatte wurde durch eine Diskussion über die Notwendigkeit einer Vorkursreform ausgefüllt.

Die Budgetkommission des Reichstages lehnte mit 15 gegen 12 Stimmen gemäß dem Antrag Korner die im Etat vorgesehene Gehalts-Erhöhung für die Obersten der Infanterie ab. Dagegen stimmten Zentrum, Freisinnige und Sozialdemokraten.

Der Defizit des Reiches im eigenen Haushalt für das am 1. April ablaufende Etatsjahr hat der Schatzsekretär in der Budgetkommission auf Grund der Dezemberabschlüsse auf 34 094 000 Mark bestimmt. Das Defizit ist bekanntlich in der Hauptsache verursacht durch Mindereinnahmen in der Zuckersteuer im Betrage von 15 708 000 Mark und die Mindereinnahme des Gewinnes aus der Vermögenssteuer von etwa 8 Millionen Mark.

Die gesamten Herstellungskosten des Fernsprechnetzes im Reichspostgebiet bis zum Schlusse des laufenden Rechnungsjahres, also bis zum Ende des Monats März werden 208 Millionen betragen.

Das Ergebnis der Sachverständigen-Beratungen über die Frage einer Reform eines Strafprozesses wird, wie die „Nordf. Kor.“ berichtet, demnächst den Einzelregierungen übermittelt werden.

Die „Wormser Volkszeitung“ und der Freiherr von Seyl. An den Abgeordneten Reichert o. Seyl richtet die „Wormser Volkszeitung“ eine offene Erklärung, in der sie ihn auffordert, seine Reichstags-Äußerungen über das Koalitionsverbot seiner Arbeiter und die „Uebernachungen“ des „Schundlaters“ innerhalb des Schutzes der Immunität zu wiederholen. Sie würde dann Herrn v. Seyl verklagen und den Beweis für ihre Behauptungen vor Gericht führen. Im übrigen hält die „Wormser Volkszeitung“ aufrecht, daß Herr von Seyl in seinen Fabriken das Koalitionsrecht der Arbeiter auf alle Weise unterdrückt. — Die „Wormser Volkszeitung“ ist kein sozialdemokratisches Blatt.

In der zweiten hessischen Kammer erklärte Staatsminister Nolde auf eine Anfrage, daß die hessische Regierung die Gründe

Ecce ego — Erst komme ich!

Roman von Ernst v. Wolzogen.

45] Seit acht Uhr waren die beiden älteren Damen des Hauses, so wohl die Frau als auch das Fräulein von Klinkenberg, bereit auf dem Hofe gewesen, um die junge Frau zu empfangen und beim Frühstück zu bedienen. Keine von den beiden Damen wich auch nur auf eine Minute von der Stelle, denn sie waren beide gleich neugierig auf das erste Auftreten Charlottens bei Tageslicht. — wie sie wohl aussehen, was sie wohl anhaben würde. — Tante Volken verteilte sich die Zeit, indem sie abwechselnd einen Abschnitt aus einem erbaulichen Werke mit dem Titel: „Balsamine oder christlicher Blumenkranz für's ganze Jahr“ und einige Seiten aus dem Bruchwerk: „Deutschlands Helden im Kampfe gegen den Erbfeind 1870-71“ zu sich nahm; den wie es sich für den Väter einer älteren, gesinnungstüchtigen Anstifterin gebührt, wohnen auch in dem ihrigen die Sehnsucht nach dem himmlischen Paradies, wo die Löwen mit dem Löwinlein friedlich gepaart das wüßige Fräulein ragen, mit der schwärmerischen Verehrung für grümlige Schicksale einträchtig beisammen. Und Frau von Klinkenberg, die den geistigen Genüssen weniger ergeben war, fand Muße, mehr als die Hälfte eines Strumpfes zu vollenden. Trotz solcher gegenwärtiger Tätigkeit wurden die beiden Damen aber doch immer ungeduldig, und als Charlotte nach elf Uhr endlich erschien, konnten sie nicht umhin, beide zugleich mit einem tiefen Seufzer der Enttäuschung „endlich!“ zu rufen. Die junge Frau trat ein sehr einfach aber geschmackvoll gemachtes Kleid aus glattem, dunkelblauem Tuch und keinen anderen Schmuck, als eine unartifizielle Sicherheitsnadel mit zwei kleinen Smaragden darauf an dem feinsten Kragenhalm. Sie sah blaß und ernst aus und schien nicht sehr zum Reden aufgelegt. Die Frau Schwiegermama verstand es sehr gut, in ihre Entschuldigungen wegen aufgewärmten Kaffees einen sanften Vorwurf wegen des späten Aufstehens hineinzulegen.

Dieser Redeschwall drohte schon Sotten notwendig zu machen. Sie

jenige leicht und fuhr sich mit der Hand über die Stirn. Und dann erwiderte sie, matt lächelnd:

„Du irrst Dich, liebe Mama. Es ist durchaus nicht meine Gewohnheit, so spät aufzuleben. Aber nach den Aufregungen des Hochzeittages... ich bin erst nach Sonnenaufgang eingeschlafen.“

„Sie hatte das ganz harmlos gesagt, aber die Schwiegermama lächelte während, indem sie Tante Volken zugewinkelt, welche ihrerseits als wohlvertrautes Mädchen sofort die Augen niederhielt.“

Charlotte bemerkte die kleine Komödie und der Unwille trieb ihr eine rötliche Röte in die Wangen. Aber sie fuhr ganz ruhig fort zu reden:

„Du mußt auch nicht glauben, daß ich hier die Hände faul in den Schoß legen wollte. Ich habe ja zu Hause auch den Haushalt geführt. Ich werde Dir sehr dankbar sein, wenn Du mich baldigst in meine neuen Pflichten einführen möchtest. Wozu wäre ich denn da, wenn ich Dir nicht jetzt die Mühe abnehmen sollte — und überhaupt jetzt, wo Du doch nach der überstandenen schweren Krankheit gewiß der Schonung bedarfst.“

Charlotte beobachtete scharf. Es entging ihr nicht, daß Tante Volken unruhig wurde und einen ängstlichen Blick zu ihrer Schwägerin hinüberwarf, deren gelbes Gesicht übrigens ganz ruhig blieb — nur die Ohren wurden plötzlich rot, wenn auch nur für ein paar Sekunden. Charlotte konnte das gut beobachten, weil die altmodische Perle, welche je ein dünnes Häpchen in ammutigen Zogen unterhalb der Ohren herumführte, diese nicht verdeckte.

„Du bist sehr freundlich“, versetzte Frau von Klinkenberg die ältere ohne langes Besinnen, „aber das Bad hat mir wirklich so gut getan, daß ich mich gar nicht mehr so ängstlich zu schämen brauche.“

„So, wirklich?“ rief Charlotte ironisch. Ihre Nasenflügel zuckten und es kostete ihr Mühe, ihre Entrüstung zu beschwächen. Sie wandte sich rasch zur Tante. „Ich muß auch wirklich sagen, daß Mama recht gut aussieht. Findest Du nicht auch, liebe Tante? Ich habe sie ja leider vor ihrer Krankheit nicht sehen dürfen.“

Das alte Fräulein war wenigstens so ehrlich, dummelos zu werden. Es hatte sich gleich damals, als die blumige Dame einer Badereise im Familiencafé erkrankte, entschieden dagegen ausgesprochen, denn mit solchen Prüfungen, die Gott dem Menschen zu seinem Besten ordnet, dürfe man nicht einen frevelhaften Spott treiben. Es war überzeugt, daß der Himmel zur Strafe der Schwägerin eine ruhliche Krankheitschicken würde. Es wollte auch wirklich einer geistlichen Pflichten Folge nicht zu tun haben, und hatte sich nur verpflichtet, der lieben Familie zu Gefallen den Mund zu halten. Nun war es in einer schrecklichen Verlegenheit und kammerle, den mahnenden Plänen der Schwägerin ängstlich ausweichend, ganz verwirrt:

„Ach ja — sie hat ja Gottlob eine sehr kräftige Natur. Es

hat ihr eigentlich noch nie etwas gefehlt, ja — das heißt, wir stehen ja alle in Gottes Hand.“

Charlotte trank langsam ihren Kaffee aus und weidete sich an der Verlegenheit der beiden Frauen. Um das Gespräch auf etwas anderes zu bringen, begann Frau von Klinkenberg von der Küche zu reden. Aber mitten in ihrer Auseinandersetzung unterbrach sie Charlotte durch den lebhaften Ausruf:

„Die Vina gefällt mir übrigens sehr gut. Ihr habt sie wohl erst seit kurzem in Dienst?“

„O nein, die dient schon im dritten Jahre“, erwiderte Frau von Klinkenberg. „Warum meinst Du? Du siehst sie doch ungehört demontieren? Die Leute sind hier etwas gewöhnlich.“

Charlotte sah ihrer Schwiegermutter scharf ins Auge und sagte, jedes Wort betonend:

„Ach, dann muß sie aber ein merkwürdiges kurzes Gedächtnis haben!“

Frau von Klinkenberg blühte Charlotten einen Augenblick fragend an — dann begriff sie. Und nun wendete sie sich die Hände. Ihre Finger zitterten, sie mußte das Strickzeug welegen.

„Arbittet wünschte...“ mehr brachte sie nicht heraus. Es schürte ihr die Seele zu. Herauskommen mußte es ja freilich doch einmal, darauf war sie ja auch gefaßt gewesen. Aber schon am ersten Tage, — das war doch sehr unangenehm.

„An Arbittet werde ich mich auch halten“, sagte Charlotte streng und kalt. „Bitte, gib mir noch eine Tasse Kaffee.“

Frau von Klinkenberg und die Tante sprangen beide gleichzeitig dienstlich auf, froh, das Strafgericht von sich abgewälzt zu sehen. Wochte es Arbittet ausbaden, der war ja der nächste dran.

Frau von Klinkenberg hatte eigentlich dringend in der Wirtschaft zu tun, aber sie machte die Schwiegermutter auch nicht mit dem Tanten allein lassen — das war unanständig, noch mehr Warten zu entlassen in seiner Engherzigkeit, und sie hätte heute die Kuchen gerade genug. Sie mußte sich nicht anders helfen, als indem sie das dicke alte Fräulein einfach unter dem Arm ergriß und vom Stuhl emporzog.

„Du entschuldigst mich wohl für einen Moment, liebe's Kind“, sagte sie lächelnd zu Charlotte. „Wir wollen bloß einmal nach der Wirtschaft gehen.“ Und als Tante Volken dagegen eine Einwendung erheben wollte, zwifte sie sie waghend in den Arm und zog sie so rasch wie möglich mit sich hinaus.

Sobald die beiden hinaus waren, sprang Charlotte auf, lief nach der offenen Veranda hin und blieb da tief aufatmend stehen. Sie durchschaute die ganze Geißelheit. So rasch, mit so wuchtigen Schlägen war ihr Staube jetzt unmerklich! Es war grausam, daß das so plötzlich kam. Alles auf einmal, in noch nicht vierundzwanzig Stunden!... Aber vielleicht war's doch besser so. Wenn noch etwas zu retten war aus diesem Schiffbruch ihrer Illusionen, dann konnte

nicht bestreuen, welche dafür sprechen, den Reichstagsabgeordneten Diliten zu bewilligen; nicht wider seien ihre die Bedenken gegen die Diliten bekannt. Die heftige Regierung erachte aber die dafür sprechenden Gründe für überwiegend. Das Haus beschloß schließlich einstimmig, die Regierung zu erlauben, beim Bundesrat anfs nachdrücklich für die Bewilligung von Diliten einzutreten.

Für den Wahlkreis Koblenz-Spremsberg ist als liberaler Kandidat Herr Viktor Wandt (Frei. Volkspartei) in Berlin aufgestellt worden.

Der braunschweigische Landtag beschloß einstimmig, die Regierung zu erlauben, ihre Bevollmächtigten anzuweisen, gegen die Diebregulierung der Jesuiten zu stimmen.

Nationalsozialer Kandidaten. Für Jena stellen die Nationalsozialen und Reformen Herrn Damatsche als Kandidaten auf, der bereits auf 6 Wochen Quartier in Jena bezogen hat und fleißig Wahlagitiation treibt. — Im Jahre 1898 erhielt in diesem Kreise Kauerer 4218 Stimmen und gab in der Stichwahl zwischen Soz. und Reformen (natl.) den Ausschlag zu gunsten Wasserhans.

Im Wahlkreis Orlitz-Saasig (Pommern), den seit der erste Wundstörrende, Hr. v. Wangenheim vertrat, haben die Vertrauensmänner des Bundes der Landwirte der Reichstagskandidat des kaiserlichen Reichstagsabgeordneten Michaeli-Bullow zugestimmt. Damit schwinden die Hoffnungen des antisemitischen Kandidaten, Pastor Krüger, definitiv die Jena hinunter.

Die Vitrinen im Wahlkreis Nemetz-Gebrügge, die bei der vorigen Wahl mit den Konservativen stimmten, haben diesmal einen besonderen Kandidaten, den Heiner Roskatis, als Reichstagskandidaten aufgestellt.

Eugen Richters Kreis. In Hagen-Schwelm will das Zentrum Eugen Richter nicht ohne Kampf sein Mandat überlassen; es hat der Abg. H. S. S. als Reichstagskandidat aufgestellt.

Dem konservativen Abgeordneten Herrn. v. Hehl ist die Kandidatur Wornau von neuem angeboten worden. — Von den reichen Vertretern natürlich.

Im Wahlkreis Wetzlar (Hessen), der jetzt durch den unpolitischen Gen. Richter vertreten wird, ist von den Nationalsozialen der Kandidatsabgeordnete Wittum in Wetzlar als Reichstagskandidat aufgestellt worden.

In Sittich haben die Reichstagskandidaten noch einen Kandidaten aufgestellt. Dr. med. Holstein (Berlin) wurde von der Vertrauensmänner Versammlung einstimmig als Reichstagskandidat der freiwirtschaftlichen Partei für den ersten hessischen Wahlkreis Sittich-Tripf aufgestellt.

Im Wahlkreis Juch Belgien soll, nach der Staatsabg., die bisherige Minister: Abgeordnete Kropatsch nicht wieder kandidieren.

Ausland.

Die Center Genossenschaft "Sovrat" hat in Wochmad in der Provinz Vindobona ein großes Terrain angekauft, um dort eine Siedlungsstadt zu errichten. Diese neue Gründung liegt inmitten des schmalen Belagungs Belgiens und wird eine Oase der Anstaltsbewohner.

Für Serbien und Mazedonien. Am vergangenen Sonntag fand im Theater du Quartier d'Oran zu Paris eine Konferenz der Serben, die sich mit der macedonischen und albanischen Frage beschäftigte. Neben Reden anderer Serben nahmen auch Stojanovic und Jankovic teil. Eine Resolution, in welcher ausdrücklich gegen die neuesten Gewalttätigkeiten der Türken in Mazedonien protestiert und von der macedonischen Regierung verlangt wird, daß sie für Durchführung des Berliner Vertrags Sorge trägt, findet einstimmige Annahme.

Deutscher Reichstag.

261. Sitzung, Mittwoch, den 10. Februar. — 1. Abg. des Bundesrats: Graf Poladomsky. Eine Anzahl von Petitionen werden als nicht geeignet zur Einbringung im Reichstag erklärt. Die zweite Sitzung des Staats des Reichsamt des Innern wird fortgesetzt von Hrn. v. Schlegel.

Die zweite Sitzung des Reichsamt des Innern wird fortgesetzt von Hrn. v. Schlegel. Der Reichstag hat sich heute mit der Beratung der Reichsamt des Innern beschäftigt. Die zweite Sitzung des Reichsamt des Innern wird fortgesetzt von Hrn. v. Schlegel.

Hr. Schwarze-Wippstadt (Zentrum) spricht sich für den Bewilligungsnachweis im Bergwerke aus. Gegen die Angriffe Hochs und Wurns haben meine Freunde Sittich und Trimbom noch viel zu höflich geantwortet. Sie (zu den Soz.) sollten dem Grafen Poladomsky dankbar sein, daß er seine Kommissare zum Stützpunkt Kongress gesandt hat. Über Sie wollen eben unzufriedene Arbeiter schreien! Ich lese hier 266 sozialpolitische Anträge auf den Tisch des Hauses nieder, die das Zentrum im Laufe der Jahre eingebracht hat. Herr Bebel hat: Bei Philipp sehen wir uns wieder! Ebenso hat es im Reichstag. Das Zentrum fürchtet den Kampf nach zwei Fronten nicht; es antwortet seinen Feinden noch links und rechts: Bei Philipp sehen wir uns wieder! (Bravo! im Zentrum.)

Hr. Stöcker (wildkonf.): Von Ausbeutung der Kurrendeschüler, von der Herr Bebel sprach, kann keine Rede sein. Mit Ausnahme von Weichachts- und Spelsterabend, wo sie von 5-10 Uhr Abends höchstens singen, sind die Kinder nur 1-2 Stunden täglich mit Singen beschäftigt. — In Vorkale mit weiblicher Bedienung sind nur ein einziges Mal Kinder geschick worden; und das geschah aus Versehen (wachen b. d. Soz.). Sie (zu den Soz.) greifen die Kurrende-Einrichtung, die für die armen Leute, namentlich in den Vorstädten, von großem Nutzen ist, an, weil Sie ohne jedes religiöse Gefühl sind. (Sehr richtig! rechts.)

Herr Zschack hält mir das Wort entgegen: Christlich-sozial ist Unfug! Ja, hat denn das Wort und die Stelle, die es bespricht, für die Autorität? (Zuruf b. d. Soz.: Füre Sie hat Sie doch Autorität!) Christlich-sozial ist ein seit 30 Jahren anerkannter Begriff, der in Wien die Sozialdemokratie und das ganze Judentum dazu auf den Kopf geschlagen hat. (Sehr gut! rechts.) In der sozialdemokratischen Reaktion gibt es nur drei wirkliche Arbeiter, die es heute noch sind: 10 geben an, daß sie als Arbeiter gelernt haben, andere, die auch Arbeiter waren, verweigern das im parlamentarischen Handbuch und bezeichnen nur ihren gegenwärtigen Beruf, etwa den eines Sigarettfabrikanten. (Zuruf b. den Soz.: Unglaublich!) Wenn einer sich als Sigarettfabrikant einzeichnet, ist er kein Arbeiter. (Zuruf b. den Soz.: So! Sie haben keine Ahnung!) Ein Fabrikant ist kein Arbeiter.

Herr Bebel hätte lieber nicht auf das theologische Gebiet übergeben sollen. Er gibt zwar im Handbuch an, er habe 1883 Theologie studiert; da hätte er aber etwas mehr lernen sollen. (Beifall rechts.) Wenn er glaubt, daß ich von meinem kleinen Dancenkun im Hochbergsche Schäre sammelt kann, so steht er net unten auf der Leiter sozialpolitischer Exzentrisis. (Sehr gut! und große Beifall rechts.)

Herr Albrecht sagt: Social ich weiß, nimmt es Herr Stöcker mit der Wahrheit nicht sehr genau. (Lebhafte Juchens bei den Sozialdemokraten: Sehr richtig!) Außerhalb des Reichstages würde man sagen: Sie (zu den Sozialdemokraten) betragen sich wie dumme Jungen! (Stürmische Zustimmung rechts.) Wenn Sie (zu den Sozialdemokraten) an meiner Wahrscheinlichkeit glauben, so will ich Ihnen nur erwidern, daß Bebel von dem Schmeißer Schumann, das Meinids beschuldigt worden ist. (Stürmische Unterbrechung bei den Sozialdemokraten. Empörte Rufe: H! Normann-Schumann, der Spitzel!) Kommen Sie sich um Herrn Bebel's Meinid und nicht um meine Wahrscheinlichkeit. (Stürmische Unterbrechung. große Lärme und stürmische Empörung bei den Sozialdemokraten. Abg. Redebauer rief: er hat einen Abgeordneten des Meinids benannt.)

Hr. Reichsamt Soz.: Die Bestimmungen des Herrn Richter bezeichnen unseren Gesetzen Bebel nicht einmal die Justizbehörden. (Lebhafte Juchens bei den Sozialdemokraten.) Ein Mann, der den Fall Oswald hinter sich hat, der mit seinem Kumpel einen Mann des gesunden Sinnes geschickt hat, dessen Kumpel sich im Ablegen von Eiden vor Gericht schickern lassen, ein solcher Mann kann nicht verlangen, daß man ihn ohne weiteres glaubt. (Große Lärme rechts.) Zustimmung bei den Sozialdemokraten. Es ist notwendig darzustellen, daß Herr Mann noch die Zeit hat, vor Gericht zu kommen. (Stürmische Zustimmung bei den Sozialdemokraten. Man sollte nicht auch meinen, daß Herr Richter behauptet, daß eine Sigarettfabrikanten nicht einen einzigen Arbeiter beschäftigen. (Stürmische Unterbrechung bei den Sozialdemokraten.) Über den Herrn Reichsamt Soz. Richter hat die öffentliche Meinung nicht nur abgesehen, sondern auch die öffentliche Meinung. (Stürmische Unterbrechung bei den Sozialdemokraten.)

Herr Reichsamt Soz.: Ich frage an, ob die bereits abgeschlossenen Vereinbarungen, welche die Bestimmungen der am 1. April in kraft tretenden Seemannsordnung widersprechen, über den 1. April hinaus in kraft bleiben dürfen oder aber nichtig sind. Staatssekretär Graf Poladomsky bezeichnet die vom Vordredner angelegte Frage als eine schwierige Examenfrage. Er darf der Auslegung der Gerichte nicht vorzuziehen. Hr. Teodorow (Soz.): Herr Stöcker hat sich nicht geschmeichelt, wie meinen Freund Bebel, über dessen Charakter bei allen Parteien — abgesehen von Herrn Stöcker — die beste Meinung herrscht, des Meinids zu zeigen.

Leumdung, daß er seinen Arbeitern, das Koalitionsrecht beschneide, außerhalb des Hauses zu wiederholen. — Redner geht alldann ausführlich auf die Meininger Gemeindefürsorge, auf die zahlreichen Ueberstunden, Krankheiten und Mißstände in diesem Industrie-Revier ein.

Hr. Stöcker (wildkonf.): Im Falle Witte bin ich in der nichts nützigsten Weise verleumdet worden, nach dem Prozess ist nicht eine Spitz von Unrecht an mir hängen geblieben. (Lebhafte Unterbrechung.) Ruper schlichten Subjekten hat mir noch niemand nachgesagt, daß ich bemüht die Unwahrheit geredet habe. Die Sozialdemokratie sollte sich lieber um den Fall Bebel kümmern. Herr Bebel ist öffentlich des Meinids beschuldigt worden. (Gr. Lärme bei den Soz. Zuruf: Von einem Spitzel!) Ich habe in meiner Sache zur Klage aufgerufen. (Zuruf bei den Soz.: Nach 18 Jahren!) Möge Herr Bebel dasselbe tun! (Abg. Singer: Der Prozess schwebt ja!) Gewis. (Abg. Singer: Ja, also!) — Ich habe mit der öffentlichen Meinung so lange zu tun gehabt, als ich in das Wolpennest der Juden zu stehen wagte. (Lachen links.)

Hr. Wurm (Soz.): Herr Stöcker hat den traurigen Mut gehabt, von einem Meinid Bebel's zu sprechen, obwohl er weiß, daß die Beschuldigung, Bebel habe einen Meinid geleistet, von einem notorischen Lärm, von einem gerichtsnotorischen Spitzel ausgeht, von einem Mann, der bald rechts, bald links, bald gegen die Sozialdemokratie, bald gegen den Kaiser Schmähungen ausstößt, von einem Mann, der Herrn Stöcker allerdings nahe steht, weil er mit ihm zusammen den bekannten Scheiterhaufenbrief geschrieben hat. (Abg. Stöcker: Blanke Unwahrheit!) Mit der "Judenfrage" hat sich Herr Stöcker erst abgegeben, als er Schiffbruch gelitten hatte und mit der Judenfrage sich an gewissen Stellen wieder gläubig einischmeicheln zu können. (Stürmische Unterbrechung.) In dem Prozess, der in der Sache Normann-Schumann zur Zeit schwebt, wird sich herausstellen, daß der Anwurf, den Herr Stöcker hier wieder einmal gelehrt hat, gerade so viel wert ist, wie alle die Angriffe, die er gegen uns richtet. Ich will nur Lira auf die Angriffe eingehen, die im Laufe der Debatte gegen meine Ausführungen von neuem gerichtet worden sind. Wie die Krüppelchen Arbeiter selbst über die dortigen Wohlfahrtsvereine denken, geht aus dem von meinem Freunde Sachse verlesenen Eingelad in dem ultramontanen Wiener Blatte hervor. Graf Poladomsky bengt Angriffen auf Geheimnisse dadurch am besten vor, daß er von vorne herein alle seine Verläumdungen veröffentlicht.

Das Verfahren des Herrn Dr. Gröger ist von den Herren Barth und Köfide scharf getadelt worden. All sein Vertheidenspielen hilft dem Dr. Gröger nicht: es bleibt dabei, die unabhängigen Konsumvereine sind angeklagt worden, weil sie sich in den Händen sozialdemokratischer Arbeiter befinden. — Herr Gröger beklagte sich über mein Post von der unüberbrückbaren Kluft zwischen Besitzenden und Besitzlosen. Wo ich von einem Kampf der Klassenredens sprach, da haben Sie einen Kampf der Personen daraus gemacht und behauptet, ich hätte Hoch und Verfolgung gegen Personen geübt. — Wenn mich einer Unternehmers persönlich angreift, so geschieht das nur, wenn das, was er den Arbeitern summiert, das Maß dessen übersteigt, was durch die allgemeinen politischen Verhältnisse geboten ist. (Einestantanten Fall haben wir erst jüngst wieder in Hannover erlebt. Die dortige Gutspackerkaufhaus-Kompagnie verteilte 60 Prozent Dividende, entlobt aber ihre Angestellten äußerst schlecht und zwingt sie zu Ueberstunden. Auf eine Beschwerde der Arbeiter darüber bestand die Antwort der Direktion darin, die Arbeiter zur Unterzeichnung einer Abschwörung zu zwingen, des Inhalts, daß sie die Ueberarbeit selbst hätten haben wollen. Mann wird dieser Abschwörung, diese große Kugel, diese Schicksalskugel, die Arbeiter zu diesen sogenannten freiwilligen Unterschritten zu zwingen, endlich aufhören?)

Der Bischof Ketteler, auf den sich die Herren Sittich und Trimbom beriefen, hatte ungenügend sozialpolitische Kenntnisse und Tendenz: würde das Zentrum in seinen Fußstapfen wandeln, so würde es nicht so arbeitertunlich sein. Im übrigen war er durchaus abhängig von den Ideen Lassalles. Den innersten Kern der sozialistischen Bewegung, den Kampf der Arbeiter um ihr Recht, hat das Zentrum nicht ebenförmig wie Bismarck begriffen. Wer werden diesen Kampf fortzuführen — aber nicht mit Stöckerischer Wohlthätigkeit — damit endlich die Menschenliebe an die Stelle der Menschensbedrückung trete! (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Hr. Dr. Herzfeld (Soz.) fragt an, ob die bereits abgeschlossenen Vereinbarungen, welche die Bestimmungen der am 1. April in kraft tretenden Seemannsordnung widersprechen, über den 1. April hinaus in kraft bleiben dürfen oder aber nichtig sind.

Staatssekretär Graf Poladomsky bezeichnet die vom Vordredner angelegte Frage als eine schwierige Examenfrage. Er darf der Auslegung der Gerichte nicht vorzuziehen.

Hr. Teodorow (Soz.): Herr Stöcker hat sich nicht geschmeichelt, wie meinen Freund Bebel, über dessen Charakter bei allen Parteien — abgesehen von Herrn Stöcker — die beste Meinung herrscht, des Meinids zu zeigen.

es nur bedauern, wenn die beiden nicht mehr zusammen kommen könnten. (Lachen.) Er konnte jetzt nicht mehr kommen, weil er die Zeit nicht hatte, mit dem weiter zu leben, wollte sie wissen, wie viel ihm von dem anderen Familienmitglied übrig blieb, nachdem er einen kleinen Teil davon an seinen Kindern und eine große Summe an seine Frau gegeben hatte. (Lachen.)

Aus aller Welt.

Die Proze der Theater-Zenur wird in vier Jahren... (Text continues with details of the theater case.)

Ein Unglückszug im Theater. Ein Mann... (Text describes a theater accident.)

Ein lebender Reich... (Text discusses a political figure or event.)

Die Verhältnisse wegen... (Text discusses social or economic conditions.)

Ein lebender Reich... (Text discusses a political figure or event.)

Ein lebender Reich... (Text discusses a political figure or event.)

Ein lebender Reich... (Text discusses a political figure or event.)

Ein lebender Reich... (Text discusses a political figure or event.)

Ein lebender Reich... (Text discusses a political figure or event.)

Diese Verhältnisse, hatten sie den Saft einfach zugebunden und auf ihren Füßen amorgen.

Ein mächtiger Bergsturz hat an der Berglehne zwischen der... (Text describes a mountain accident.)

Auf dem Nakhthüller See... (Text describes a lake or water event.)

Von der Pest in Indien... (Text discusses the plague in India.)

Ein lebender Reich... (Text discusses a political figure or event.)

Ein lebender Reich... (Text discusses a political figure or event.)

Litteratur.

Eidenschwam am 1. Mai für Männerchor mit Solo... (Text mentions a literary work or event.)

Vizepräsident Graf Stolberg erklärt, Stöcker habe nur gesagt, in Schweizerischen Blättern sei Bebel des Meinens be- züglich worden. Weber er noch Graf Wallerstreu würden es zugelassen haben, wenn Abg. Stöcker gesagt habe, Abg. Bebel habe einen Meinesd begangen. (Unruhe bei den Soz.)

Abg. Bebehour (fortfahrend): Es ist bezeichnend, daß Herr Stöcker von dem „Schweizer“ Schumann spricht, da er doch ganz genau weiß, daß es sich um den aus dem Dauschprozeß wohlbekannten Polizeispitzel Normann-Schumann handelt. Herr Stöcker tritt mir deshalb jetzt hervor, weil er sich als Anwalt des schlichten Mannes aus der Werkstatt ausspielen und für den bevorstehenden Wahlkampf sich in empfehlende Erinnerung bringen möchte. Die Rechte scheint unter der Firma Stöcker-Normann-Schumann in den Wahlkampf ziehen zu wollen, wie aus dem Beifall hervorging, die sie den Reden des Hofpredigers a. D. spendete. Die Stöcker'sche Scheiterbaufen-Methode, die Sie (nach rechts) mißbilligten, als sie sich gegen den Fürsten Bis marck wandte, findet Ihre Billigung, wo sie sich gegen die Sozialdemokraten wendet. Mir ist es wahrlich unangenehm genug, mich überhaupt mit Herrn Stöcker be- fassen zu müssen. Es mußte aber geschehen, um der Aus- nützung der Stöcker'schen Beschimpfungen im Wahlkampf vor- zuzugeln. (Bravo! bei den Soz.)

Abg. Lenzmann (fr. Sp.): Des Herrn Stöcker Wahrheits-, Nächsten- und christliche Feindseligkeit haben wir in Prozeß Witte kennen gelernt.

Abg. Stöcker (Wildfont): Sie (zu den Soz.) glauben, auf mich und andere Abgeordnete Beschimpfungen häufen zu können, während Sie verlangen, daß Herr Bebel für uns eine geheiligte Person sein soll. Der Herr — Herr — wie heißt er doch (ein Nachbar ruft dem Redner den Namen Normann zu), der Herr Normann wird von Ihnen beschimpft; ob das wahr ist, was Sie von ihm behaupten, will ich nicht untersuchen. Ich kann nur sagen, mich halten nur Lumpen für einen Meinesidigen. (Rufe b. d. Soz.: Das taten Ihre Richter! Lesen Sie doch das Urteil vor! — Lärm rechts.)

Abg. Singer (Soz.): Für unsere Partei ist es absolut gleichgültig, was Herr Stöcker sagt. (Leb. Zustimmung b. d. Soz.) Wir haben in Herrn Stöcker's Ausführungen stets nur das Gefühl der Fächerlichkeit, des Mittels oder des Feils gehabt. (Leb. Zustimmung b. d. Soz., Lärm rechts, Rufe: zur Ordnung!) Aber wir können nicht dulden, daß Stöcker Bebel des Meinesids bezichtigt.

Vizepräsident Büfing: Derjenige Herr Präsident, der damals fungierte, hat diese Behauptung Stöcker's nicht so aufgefaßt, sonst wäre er zweifellos gegen Herrn Stöcker eingeschritten.

Abg. Singer: Gewiß war das die Anschauung des betreffen- den Herrn Präsidenten, aber dadurch wird an den Worten des Abg. Stöcker nichts geändert.

Vizepräsident Büfing verliest hierauf die Stelle aus dem un- fertigen Stenogramm, dessen Schlusssatz lautet: „Kümmern Sie (zu den Soz.) sich darum, sehen Sie zu, daß Herrn Bebel's Meinesid Har gestellt wird und lassen Sie mich in Ruhe!“ Aus der ganzen Stelle geht hervor, daß Herr Stöcker nur Bezug genommen hat auf das, was in Schweizerischen Blättern über Herrn Bebel gestanden hat. Auch ich wäre nicht eingeschritten.

Abg. Singer: Wir werden auch dem Herrn Präsi- denten nicht vor, daß er Bebel nicht geschickt hätte. Aber wenn Worte noch einen Sinn haben, geht aus den verlesenen Schlusssätzen deutlich hervor, daß Stöcker darin Bebel des Meinesids bezichtigt. (Leb. Widerspruch rechts.) Seit einem Menschen- alter kämpft Bebel für seine Ueberzeugung hier im Saale! In seiner Gegnerschaft zu allen anderen Parteien hat er sich eine ge- achtete Stellung erworben. Wer auch nur vor der Möglichkeit eines Meinesids bei ihm spricht, hat seinen Begriff davon, was ein anständiger Mensch bedeutet. (Lebhafter Beifall bei den Soz.)

Vizepr. Büfing: Ich habe vorher verlesen die Stelle aus Steno- gramm der zweiten Rede des Herrn Stöcker verlesen. (Rufe links. Ab.) In der ersten Rede heißt es: „Ich finde, Ihnen liegt etwas näher. Es ist schon in der vorigen Sitzung darauf hingewiesen worden, daß von einem Schweizer Namens Normann, aber auch von sehr vielen anderen und von angesehenen Schweizer Blättern Herr Bebel des Meinesids bezichtigt wird. Ja, meine Herren, kümmere Sie sich um Herrn Bebel's Meinesid und nicht um meine Wahrheitsliebe! Ich finde, daß das dem Sinne nach dasselbe ist, wie das, was Herr Stöcker in der zweiten Rede sagte.“

Abg. Singer: Tatsache ist, daß Herr Stöcker Bebel in seiner ersten Rede des Meinesids bezichtigt hat.

Vizepr. Büfing: Dieser Behauptung kann ich als Präsident nicht beitreten.

Abg. Singer: Herrn Stöcker mußte die aus dem Dausch- prozeß sattem bekannte Persönlichkeits Normann-Schumann kennen. Benutzte er ihn trotzdem als Gewährsmann, so paßt das Sprich- wort auf ihn: „Sage mir, mit wem Du umgehst und ich werde Dir sagen, wer Du bist.“ (Lehr gut! bei den Soz.) Wenn Herr Stöcker sagte, nur Lumpen beschimpften ihn des Meinesids, dann, meine ich, giebt es für die Verworfenheit solcher Subjekte, die Bebel des Meinesids beschuldigen, überhaupt keinen Ausdruck. (Leb- hafter Zustimmung bei den Soz.)

Abg. Stöcker (Wildfont): Wenn Herr Singer von mir fordert, ich sollte erklären, daß ich den Abg. Bebel nicht des Meinesids für fähig halte, so will ich das selbst gern tun, wenn die Herren erklären, daß sie mich dessen auch nicht für fähig halten. (Lärm. Gelächter bei den Soz. Rufe: Das ist ein Geschäft!)

Abg. Lenzmann (fr. Sp.): Ich war Verteidiger Witte's in dem bekannten Prozeß in der Justiz, in der Stöcker verurteilt wurde. Ich stellte dort fest, daß Herr Stöcker in einer Volksversammlung in Ebersfeld die Unwahrheit gesagt habe, wenn er über die Duelleffäre mit dem Reichstagsabgeordneten Wohlpp's sagte: Der Kartellträger war natürlich ein würdiger Rechtsanwalt. In Wahrheit war der Kartell- träger der Reichstagsabgeordnete Gustav Kaufmann, der Rufe des Generalpostmeisters Stephan. Herr Stöcker aber nahm die Sach- trumm. Er schrieb an mich, ich solle einen gewissen Verpflichtungs- schein, in dem Herr Stöcker sich zur Geheimhaltung einer Ange- legenheit verpflichtete, herausgeben. Auf meinen ablehnenden Vorbehalt wiederholte Herr Stöcker sein Verlangen zweimal und nannte mein Verhalten ein illoyales. Nach drei Monaten denunzierte er mich dann bei der Anwaltskammer. (Leb. Rufe: Hört! Hört! links), weil ich den Vorwurf der Illoyalität habe auf mich legen lassen. Ich verlangte und erhielt vom Oberrat eine Recht- fernung mit Engel und Unterschrift, damit nicht Herr Stöcker in Volksversammlungen mit falschen Behauptungen gegen mich operieren könne. Wer ist nun in diesem Prozeß der Ver- treter der Wahrheit und der christlichen Nächsten- liebe gewesen, er oder ich? (Leb. Beifall links.)

Damit wird die sozialpolitische Debatte geschlossen. Die De- batte über den Zuel „Staatsrat etc.“ geht weiter.

Auf Anfrage der Abg. Beck-Heuburg, Dr. Bachwitz und Dr. Stockmann erwidert Staatssekretär Graf Bosa- dowsky, das Entschließen über die Revision des Vogelschut- tgesetzes und eine einheitliche Verkehrsordnung für Radfahrer und Automobile in Vorbereitung seien und daß nach § 2 des Fleisch- beschlagesgesetzes der gewöhnliche Verkauf nicht unter- fangenen verboten sei. Er habe nicht erklärt, daß eine gelegent- liche entgeltliche Abgabe von Fleisch nicht als gewerbsmäßig anzu- sehen sei, aber die Landesgesetzgebung habe die Befugnis, weitergehende Bestimmungen zu erlassen.

Verkauf wird die Weiterberatung auf Donnerstag 1 Uhr ver- tagt. Schluß 6 Uhr.

Partei-Angelegenheiten.

Ueber den Hintergrund der Kruppaffäre hatte die „Mär- kische Volksstimme“ in Fort in den ersten Tagen dieses Jahres einen Artikel gebracht. Daraufhin wurde gegen den damaligen Verant-

wortlichen des Blattes, Genossen Eberhard, jetzt in Nürnberg, ein Strafverfahren wegen Majestätsbeleidigung eingeleitet. Jetzt ist dem Genossen Eberhard vom Staatsanwalt mitgeteilt worden, daß das Verfahren gegen ihn eingestellt worden ist.

Die Landesversammlung der sozialdemokratischen Partei Sachsens wird in Rücksicht auf die Reichstagswahlen bereits am 15. März in Wittweida abgehalten werden.

Wegen Majestätsbeleidigung ist gegen den Redakteur unlerer Königsberger Varietorgans, Genosse Borhardt, eine Untersuchung eingeleitet worden.

Arbeiterbewegung.

Die Errichtung eines Arbeitersekretariats für Dresden wird auf Antrag der Gewerkschaft der Sattler demnächst das dortige Gewerkschaftskartell beschließen. Unser Dresdener Parteiblatt hält es für zweifellos, daß das Kartell der Anregung auf Errichtung eines Sekretariats Folge geben wird. Bekanntlich befassen sich zur Zeit auch die organisierten Arbeiter in Leipzig mit einem der- artigen Projekt und auch hier dürfte ein positives Resultat zu er- warten sein.

Metallarbeiter-Streit. Aus Tönning in Schleswig-Holstein wird gemeldet, daß dort die Metallarbeiter sämtlicher Branchen im Streit stehen. Es wird ersucht, den Zugang fernzuhalten.

Lokales und Provinziales.

Dreslau, den 19. Februar.

Urge Beflemmungen.

II.

Genau so wie auf dem Gebiete der Versicherungsge- setzgebung, ist die „Tätigkeit“ des Zentrums auf den übrigen Gebieten der Sozialgesetzgebung einzuschätzen. Es klingt zwar sehr stolz, wenn es an einer anderen Stelle der „Schlesischen Volkszeitung“ heißt:

„Wo wäre denn jetzt die Koalitionsfreiheit, wenn das Zentrum nicht alle Angriffe wirksam abgelehnt hätte? Und wo wäre das allgemeine gleiche und geheime Wahlrecht, auf das die arbeitenden Klassen so großen Wert legen, wenn nicht das Zentrum allen bezüglichen Plänen der List und der Wacht widerstanden hätte? Und welche großen Erfolge hat das Zentrum auf dem Gebiete des Arbeiterkampfes erreicht?“

Wir sind demgegenüber kritisch genug, die Gegen- frage zu stellen: Wo wäre das Zentrum, wenn es nicht im wohlverstandenen eigenen Interesse für die Koalitionsfreiheit, für das allgemeine, gleiche, das Wort direkte verschweigt es obendrein noch (ob mit oder ohne Absicht wollen wir hier ununtersucht lassen) und geheime Wahlrecht usw. eingetreten wäre? Das Zentrum tat dies nicht etwa, weil es von der absoluten Notwendigkeit dieser Dinge für die Arbeiterschaft überzeugt war, sondern einfach deshalb, weil es sonst fürchte, einen großen Teil der von ihm vertretenen katholischen Ar- beiterchaft zu verlieren. Dabei wäre die domi- nierende Macht des Zentrums gebrochen worden. Wenn also die Herren vom Zentrum dafür eintraten, so geschah es nicht des Prinzips wegen, sondern aus reinem Selbst- erhaltungstrieb. Die in den katholischen Gewerk- vereinen herrschenden Pfaffen legen übrigens ein berechtigtes Zeugnis dafür ab, wie geringwertig sie wirkliche Ar- beiterpolitik bemessen. Jede Bewegung nach vorwärts wird gleich im Anfang schon im Keime erstickt und wo es einmal elementar durchdringt, da wird dann die Kanzel benützt, um die katholischen Massen wieder zur Reize zu bringen.

Gerode Schlessen ist in dieser Beziehung reich an Bei- spielen dieser Art. Kein Wunder auch, daß die katholischen Gewerkvereine so schwer darnieder liegen oder wie es kürzlich in Beuthen passierte, die polnisch-katholischen Arbeiter sich in ihrer Not an das dortige Arbeitersekretariat wandten, weil sie wohl ahnten, daß ihnen seitens der Zentrumskente keine Unterstützung zuteil werden würde.

Man denke ferner an die Hiegunge innerhalb der katho- lischen Bevölkerung Banerns, rufe sich die wieder- holtten geharnischten Erklärungen katholischer Arbeiterführer (z. B. Brunn) gegen die arbeiterfreundlich sein sollende Politik des Zentrums im Reiche und in verschiedenen Einzelstaaten ins Gedächtnis und man wird das Rätsel unschwer lösen können, weshalb das Zentrum und deren Presse verfuhr, der Sozialdemokratie Wahlangst unterzuschleichen. Wir lachen darüber, weil wir die unumstößlichen Beweise auf unserer Seite haben, daß die Arbeiterpolitik der Sozial- demokratie die einzig richtige und beste war. Das Zentrum will bei den Wahlen mit der von ihm betriebenen Wache nur über die tatsächlichen Verhältnisse hinwegtäuschen und bedient sich zu diesem Zwecke solcher schwächlichen und unwirksamen Mittel, die keiner schärferen Prüfung standhalten können. Da muß man doch offen bekennen: Die Windhorst, Wellendorf und Genossen haben es besser verstanden. Armes Zentrums!

* Konservative unter sich. Am letzten Montag fand in Breslau in Hansen's Weinhandlung ein Delegiertentag der konservativen Partei Schlessens statt. Die Verhandlungen waren streng vertraulich. Nachträglich ist nun von den Verhandlungen etwas in die Öffentlich- keit gedrungen. Der Landtagsabgeordnete Dr. von Gendehrand-Tschinkewitz soll — wie es in einem hie- sigen Blatte so schön heißt — eine „herrliche“ Rede über die politische Lage gehalten haben, in der er eindringlich zur Einigkeit ermahnete und mit der bei Junttern wunder- baren Unbefangtheit erklärte, die konservative Partei sei so wenig wie eine Gegnerin des Verkehrs eine solche von Handelsverträgen (wer lacht da?), sie verschließe sich der Erkenntnis durchaus nicht, daß solche er- wünscht seien (man vergleiche das „Eintreten“ für die Zoll- tarifvorlage!), aber — (nun kommt der Pferdesuß!) die Lebensinteressen der Landwirtschaft (soll wohl heißen die der Junker) dürfe und werde dabei die konservative Partei nicht in Frage stellen lassen.

In übrigen müssen wir unsere Vermunderung darüber ausdrücken, daß von der Aufstellung eines oder meh- rerer Arbeiterkandidaten nichts laut geworden ist. Wir dachten, daß die „Stimmen von Thron und Altar“ die Wünsche ihres Monarchen berücksichtigen würden, umsomehr

als selbst die hiesigen Freistimmen mit gutem Beispiel vorangegangen sind. Oder sollten etwa die konservativen Herren in Hansen's Weinhandlung dies über ihrer ledernen Maßheit und beim Sektrinken vergessen haben?...

* Mit dem Streifbrecher nach Bremer- haven ist's nun doch nichts geworden, obwohl Herr v. Klotz hundert Arbeitswillige gefunden hatte, von denen allerdings ein großer Teil ganz außer Stande gewesen wäre, die schwere Hafenarbeit zu verrichten. Den Genossen Mommert vom Hafenarbeiter-Verbande und Zim mer vom Handels- und Transportarbeiterverbande war es erst im letzten Augenblick gelungen, durch Flug- zettel die in der Auswandererhalle des Oberschlesischen Bahnhofes versammelten Arbeitswilligen davon zu unter- richten, daß sie bei ihrem Hierbleiben pro Tag 2.50 Mk. Unterstützung erhalten würden für die Dauer des Streiks. Infolgedessen wurde ein anderes Mittel in Anwendung ge- bracht, um dem „Norddeutschen Lloyd“ die Leute aus den Häfen zu reißen. Unter die Abreisenden war eine Anzahl organisierter Arbeiter gemischt, die sich ebenfalls hatten anwerben lassen und dem Trupp in Bremerhaven die Adresse des Gewerkschaftskartells gezeigt hätten. Die Be- mähung wurde aber überflüssig, denn wenige Minuten vor Abgang des Zuges kam ein Telegramm, laut welchem die Leute nicht gebraucht wurden, weil der Streik beigelegt war. Die Angeworbenen verlangten nun Entschädi- gung, pro Mann 5 Mark und der Nachtdünkel der Herren Arbeitgeber in Bremerhaven kostet ihnen allein für Breslau 500 Mk. Drei Mark erhielten die unbrauchbar gewordenen Streifbrecher sofort ausgezahlt, die übrigen 2 Mk. sollen sie sich Donnerstag Morgen im Bureau ab- holen. Ein Fünftag für 500 Mk. und nichts gefangen — ob die Herren Unternehmer denn unbeschränkt sind?

Der Streik der Bremerhavener Hafenarbeiter hat übrigens mit einem vorläufigen Siege der Arbeiter geendet, wie folgendes Telegramm beweist:

„Die Kommission der Verladungsarbeiter in Bremerhaven er- bot sich, dafür einzutreten, daß die Arbeit sofort in vollem Umfang wieder aufgenommen werde, wenn der entlassene Arbeiter Krimmsieg sich zur gerichtlichen Entschädigung der Differenz mit dem Vormann Kiesteter wieder in Dienst gestellt werde. Da der Vorstand des Norddeutschen Lloyd diesen Wunsch als billig anerkannte und die Wiederanstellung des Krimmsieg demgemäß anordnete, wurde seitens der Kommission die sofortige Wiederaufnahme der Arbeit zugesichert und der Streik damit für beendet erklärt.“

Also hätten die Unternehmer all ihr Geld sparen können.

* Wer als Bezirksführer oder Stellvertreter für den Sozialdemokratischen Verein im Wahljahre tätig sein will, der melde sich noch im Laufe dieser Woche in der „Volkswacht“-Redaktion mündlich oder schriftlich. Eine An- zahl Genossen haben ihre Bereitwilligkeit erklärt, doch reicht ihre Zahl nicht aus, um die ganze Stadt zu versorgen.

* Sozialdemokratischer Verein. Montag Abend findet wegen der Vorbereitungen zur Bezirksfeier keine Mitglieder-Versammlung statt. Die Bezirksführer erhalten brieflich weitere Nachrichten.

* Das letzte Volkskonzert in dieser Winter- saison findet am Sonntag, den 15. März, ausnahmsweise schon Nachmittags 3 1/2 Uhr statt. Die Zahl der mitwirkenden Musiker ist auf 40 erhöht, da die einzelnen Nummern dieses Konzerts besonders ausgewählt sind. Auf dem Pro- gramm sind vertreten Schubert, Beethoven, Brahms, Wagner und andere erste Namen. Herr Konzertmeister Fröbus hat wieder ein Violinosolo zu- gesagt, außerdem wird Herr Witte ein Trompetensolo blasen. Die Programme zu dem Konzert gelangen von Sonnabend an zur Ausgabe, auch Montag werden im Verein solche ausgegeben. Wir laden die Genossen zu zahl- reicher Benutzung ein.

* Der Holzarbeiter-Verband feiert am 28. Fe- bruar d. J. zum ersten Mal sein Narrenfest im großen Saale des „Gewerkschaftshauses“. Die Verwaltung hat für ein gewähltes Programm Sorge getragen. Der Eintrittspreis ist auf 50 Pfg. pro Person bemessen worden, und hofft, daß der Zuspruch auch im neuen Heim ein reger sein wird. Programme sind im Bureau Ursuliner- straße 27 I, sowie bei den Bezirks-Kassierern zu haben.

* Aus dem Kasernenleben. Wegen Gehorsams- verweigerung, Beharrens im Ungehorsam, und Unachtsamkeit überlegte vor verianometer Mannschaft stand am Dienstag der frühere Kanonier Kurt Bod dem Landeskriegsgericht Kattowitz vor dem Breslauer Oberkriegsgericht des VI. Armeekorps als Berufungsinstanz angeklagt. Er war vom Kriegsgericht der zweiten Division zu Reife am 18. Juni v. J. zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden und letzte Verurteilung ein. Darauf erkannte das Ober-Kriegsgericht am 30. August auf vier Monate Gefängnis unter Anrechnung mitwider- ständlicher Umstände. Dagegen legte der Angeklagte Revision ein beim Reichs- Militärgericht ein. Am 12. Dezember v. J. hob letzteres das Urteil auf und wies die Sache zur nochmaligen Verhandlung an das Ober-Kriegsgericht zurück. Angeklagter ist jüdischer Kon- fessions, Kaufmann, von schlechter Führung, ostdisziplinärlich vorbestraft, das National bereicherte ihn unfauber, ausverkauft, laut, verlogen. Er war als Freiwilliger in das Artillerie- Regiment 21 ein. Am 12. Juni befahl Unteroffizier Rogos in Gaudsdorf dem Kanonier das Fügen eines Pferdes, wobei der Unter- offizier den Mann ein verfluchtes gemeines Judenast rannete, was der Unteroffizier nicht zugibt, aber auch nicht be- streitet, in Aufregung läunte er es gesagt haben. Bod sei ja allerdings wegen seiner jüdischen Konfession geneckt, auch ge- schlagen worden. Nach Zeugenaussagen hat Bod trotz wiederholten Befehls des Unteroffiziers zu rufen sich geweigert, der Unteroffizier habe ihm nichts zu befehlen, er komme nicht in den Stall, er lasse sich nicht schlagen, mit Pferdemist werfen, es sei ihm gleich ob er auf Stellung komme. Er sei der einzige Jude, man mache mit ihm, was man will. Der Bruder der An- klage, Oberkriegsgerichts Laub, rief den Ausdruck „Judenast“, die Konfession spreche beim Militär nicht mit und das religiöse Empfinden des Kanoniers mußte ver- letzt werden. Er beantragte drei Monate 21 Tage Ge- fängnis. Das Ober-Kriegsgericht erkannte auf zwei Monate und vierzehn Tage Gefängnis. Dem Kanonier ward zugut gerechnet, daß er durch die Verurteilung des Unteroffiziers gerech- tigt worden war.

* Verheulichte Strafe. Ein Photograph, der in dem Warenhaus von Rogalsky ein photographisches Atelier selbst- ständig leitete, ist aus dem eigen ugen Grunde aus seiner Stellung ohne Entlohnung einer Kündigung frist entlassen worden, eine Vor-

